



07.10.2021 - 08:07 Uhr

COP26 in einem Monat – Paneldiskussion zur Klimagerechtigkeit

COP26 in einem Monat – Paneldiskussion zur Klimagerechtigkeit:

Ist das CO₂-Budget der Schweiz schon 2022 aufgebraucht?

Die Schweiz wird ihr Klimabudget bereits nächstes Jahr aufgebraucht haben. Diese provokante These stellen *Fastenopfer*, *Brot für alle* und OEKU am 26. Oktober in Bern an einer hochkarätig besetzten Paneldiskussion zur Debatte. Sie weist kurz vor Beginn der internationalen Klimakonferenz COP26 in Glasgow auf das Thema der Klimagerechtigkeit hin, das bei der Konferenz erneut unter den Tisch zu fallen droht.

Anfangs November wird an der COP26 in Glasgow über die Klimaerhitzung beraten – und wie wir sie vermeiden können. Dabei werden einmal mehr die Stimmen der Menschen aus dem globalen Süden untervertreten sein. Sie sind am stärksten von der Klimakrise betroffen, haben aber kaum etwas dazu beigetragen.

Fastenopfer und *Brot für alle* setzen sich seit langem für diese Menschen und für mehr Klimagerechtigkeit ein. An einer Fachtagung im September diskutierten Vertreter*innen von zehn kirchlichen Institutionen darüber, wie viel CO₂ die Schweiz unter dem Aspekt der Klimagerechtigkeit aus ethischer Sicht noch ausstossen darf. Die Schlussfolgerung: im März 2022 wird das CO₂-Budget der Schweiz aufgebraucht sein. Am 26. Oktober werden nun Expert*innen auf einem öffentlichen Panel in Bern diese These diskutieren. Die Paneldiskussion erfolgt nach Inputreferaten von Katrin Schneeberger, Direktorin Bundesamt für Umwelt Bafu, und Stefan Salzmann, Fachverantwortlicher Energie und Klimagerechtigkeit *Fastenopfer* und Co-Präsident der Klima-Allianz.

Netto Null bis 2040

Es sind Momente wie die bevorstehende Konferenz COP26 in Glasgow, in denen sich entscheidet, ob die Welt bis 2030 die Trendwende bezüglich der Klimakrise schaffen kann. Reiche Länder wie die Schweiz müssen sich bewusst werden, dass die an der UNO eingereichten Ziele von Netto-Null bis 2050 nicht ambitioniert genug sind. Doch aus globaler Sicht und mit Bezug auf Klimagerechtigkeit muss jetzt gehandelt werden. Deshalb fordern *Brot für alle* und *Fastenopfer* Netto-Null bis 2040.

Als Verursacher-Land mit historischer Verantwortung muss die Schweiz mehr tun, als sich selber anzupassen. Je früher bei Null, desto besser. Der Absenkpfad muss mindestens linear sein, damit die Restmenge an CO₂, die unser Land noch ausstösst, zur Erreichung der 1.5 Grad Grenze einen relevanten Beitrag leisten kann. Und für Klimagerechtigkeit braucht es noch mehr – das

CO₂-Restbudget für unser Land schwindet, während «das neue Normal» von Wetterextremen in vielen Weltregionen bereits Leben bedroht. Um Gerechtigkeit für diese Menschen zu erlangen, muss die Schweiz neben eigenen ambitionierten Reduktionen, auch Anpassungen an das veränderte Klima finanzieren und bereits eingetretene Schäden und Verluste kompensieren.

Hochkarätiges Panel

Am Panel am 26. Oktober zum Thema **Klimagerechtes CO₂-Emissionsrestbudget und was es für die Schweiz, die Kirchen und die Politik bedeutet** – werden teilnehmen:

- **Katrin Schneeberger (Direktorin Bundesamt für Umwelt BAFU)**
- **Prof. Dr. Sonia Seneviratne (ETHZ, IPCC)**
- **Prof. Dr. Peter Kirchschräger (Universität Luzern)**
- weitere Panelist*innen sind angefragt.

Anmeldung und weitere Informationen unter:

<https://sehen-und-handeln.ch/events/wie-viel-co2-darf-die-schweiz-noch-ausstossen/>

Es würde uns freuen, sie am 26. Oktober um 18.30 Uhr im Hotel Kreuz in Bern begrüßen zu dürfen.

Weitere Informationen:

Stefan Salzmann, Fachverantwortlicher Energie und Klimagerechtigkeit *Fastenopfer*, 041 227 59 53

Mischa von Arb, Mediensprecher *Fastenopfer*, 078 625 27 12

Fastenopfer setzt sich für globale Gerechtigkeit und das Recht auf Nahrung für alle ein. Klimagerechtigkeit und CO₂-Reduktion in der Schweiz ist zwingend, damit die Ernährungssicherheit der Menschen im Süden nicht gefährdet wird.

Brot für alle engagiert sich im Norden wie im Süden für einen Wandel hin zu neuen Modellen der Nahrungsmittelproduktion und der Wirtschaft. Diese setzen auf Kooperation zwischen den Menschen und fördern den Respekt gegenüber den natürlichen Ressourcen.

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100000837/100878895> abgerufen werden.